Zunächst erläuterte und begründete Frau Feld-Wielpütz den von der CDU-Fraktion eingebrachten Antrag.

In seinen Ausführungen verwies Herr Knülle auf die Aussagen der Verwaltung in den letzten UPV-Sitzungen, wonach, trotz durchgeführter Kontrollen, mehrere Beteiligte mehrfach entsprechend verwarnt worden seien. Demnach sei das Mittel der Kontrolle wohl nicht ausreichend. Daher sei in den vergangenen Diskussionen auch das Mittel der sogenannten „Parkkralle“ angesprochen worden. Zum vorgelegten Antrag führte Herr Knülle aus, dass der Punkt 1 mehr oder weniger eine Anfrage sei und er damit keine Probleme habe. Zu Punkt 2 teilte er mit, dass in den Haushaltsberatungen der Vergangenheit darüber gesprochen wurde, warum die angemeldeten Haushaltsansätze bei diesen Einnahmen nicht erreicht wurden. Als Hauptgrund sei von der Verwaltung wiederholt erklärt worden, dass für diesen Bereich zu wenig Personal vorhanden sei. Daher sehe er zurzeit keinen Sinn darin, hier nochmals Prüfungen durchführen zu lassen, da diese aus seiner Sicht zu keinem anderen Ergebnis führen würden.

Der Bürgermeister führte hierzu aus, dass es in der Vergangenheit durch den krankheitsbedingten Ausfall von Personal dazu geführt hat, dass hier nicht die gewünschten Einnahmen erzielt werden konnten. Nach Einschätzungen der Verwaltung haben aber – sofern die Mitarbeiter alle im Dienst waren – in diesen Zeiträumen diese Einnahmen die entstehenden Personalkosten in jedem Fall gedeckt.

Frau Feld-Wielpütz wies in ihren Ausführungen nochmals auf die Beschwerden der Anlieger hin und vertrat die Auffassung, dass mehr Kontrollen des ruhenden Verkehrs durchgeführt werden sollten.

Herr Steinkamp führte für die Verwaltung u.a. aus, dass zurzeit nur 2 Personen mit je einer 20-Stunden-Woche hierfür zur Verfügung stehen. Aufgrund dieses Zeitfensters können daher in den Morgenstunden keine zusätzlichen Kontrollen stattfinden, zumal der Dienstplan erst einen Arbeitsbeginn ab 9.00 Uhr vorsieht. Hier könnten unter Mithilfe des Außendienstes nur sporadisch entsprechende Kontrollen durchgeführt werden. Die Konsequenz sei daher, dass dies nur mit zusätzlichem Personal umzusetzen sei.

Herr Metz verwies zunächst auf die Ausführungen von Herrn Knülle und die bisher geführten Diskussionen im Rahmen der Haushaltsberatungen. Wenn nun mehr Personal eingestellt und durch die Kontrollen dann entsprechende positive Ergebnisse erzielt werden, stehen aber danach wiederum mehr Personalkosten im Raum, da sich nun das Verhalten der Verkehrsteilnehmer gebessert habe und Kontrollen nicht mehr in dem Maße durchgeführt werden müssten. Diese – bisher durch Einnahmen gedeckten Personalkosten – fehlen aber dann an anderen Stellen. Deswegen ist zu überlegen, ob nicht auch andere Maßnahmen ergriffen werden sollten. Herr Metz schlug daher vor, dass seitens der Verwaltung eine kurze Synopse – keine erneute Überprüfung – erstellt (Kosten-Nutzen-Analyse) und daraus einen Vorschlag erarbeitet werden sollte.

Herr Knülle schlug ebenfalls vor, dass hier keine zusätzliche Prüfung durchgeführt werden sollte. Die Verwaltung solle daher für den Haupt- und Finanzausschuss eine Vorlage erstellen, aus der u.a. dann hervorgehen müsste, ob mehr Personal benötigt werde oder nicht. Wenn der vorliegende Antrag so zu verstehen sei, dann würde er

diesem Antrag so zustimmen.

Der Bürgermeister führte hierzu aus, dass seitens der Verwaltung keine nochmalige Prüfung erfolgen werde, da diese Problematik hinreichend in den verschiedenen Ausschüssen mehrfach diskutiert worden sei. Wenn dieser Antrag so zu verstehen sei, dass seitens der Verwaltung eine dementsprechende Vorlage erstellt werden soll, so würde die Verwaltung eine diesbezügliche Vorlage vorlegen.

Herr Metz schlug daraufhin vor, wenn nun über diesen Antrag abgestimmt werden soll, dann sollte Punkt 1 gestrichen werden und keine Prüfungen gemacht werden, sondern dass die Verwaltung beauftragt wird, eine Vorlage zur Verbesserung der Kontrolle des ruhenden Verkehrs in Sankt Augustin zu erstellen, die entsprechende Lösungsvorschläge aufzeigt.

Frau Feld-Wielpütz erklärte, dass die CDU damit einverstanden sei, den Punkt 1 zu streichen. Zu Punkt 2 führte sie aus, dass diese Prüfung auch zu mehreren Möglichkeiten – nicht nur mehr Personal – führen könnte. Daher soll dieser Punkt so bestehen bleiben.

Der Bürgermeister führte aus, dass er den Antrag so verstehe, dass die Verwaltung nicht in vertiefte Prüfungen einsteigen, sondern eine Vorlage mit einem entsprechenden Ergebnis erstellen werde.

Frau Silber-Bonz erklärte, dass sie mitstimmen könnte, wenn ein Lösungsansatz erarbeitet werde, der dann auch positiv umgesetzt werden kann.

Herr Knülle führte aus, dass, wenn der Bürgermeister etwas zusagt, dass dies dann auch erfolgt, so dass nichts beschlossen werden müsste und der Antrag somit erledigt sei. Oder es soll im Sinne des Änderungsantrages von Herrn Metz beschlossen werden.

Der Bürgermeister wiederholte nochmals, dass die Verwaltung den Antrag so verstehe, dass seitens der Verwaltung keine vertiefte Prüfung erfolgen wird, sondern dass eine Vorlage mit Lösungsmöglichkeiten erstellt werde, wenn der Antrag – Punkt 1 wird gestrichen – so beschlossen würde.

Dann fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss: